

Riskante Steuergeschenke

Eine Senkung der Einkommenssteuer ist wenig geeignet, die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Sie könnte sogar Wachstum kosten.

Die Bundesregierung diskutiert derzeit eine Senkung der Einkommenssteuer. Erklärtes Ziel: die Mittelschicht entlasten und das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Gesamtwirtschaftlich sind diese Pläne laut einer Analyse des IMK problematisch. Denn angesichts der großen finanziellen Herausforderungen in den öffentlichen Haushalten würde sich das Risiko erhöhen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz zweckentfremdet werden und Wachstumspotenzial verschenkt wird. Zugleich zeigt die Entwicklung der Einkommenssteuerbelastung der vergangenen Jahre, dass keine Notwendigkeit für eine Senkung besteht.

„Die Lücken in den kommunalen Haushalten und teilweise auch in denen der Länder sind jetzt schon dramatisch“, warnen IMK-Expertin Katja Rietzler und IMK-Direktor Sebastian Dullien. Auf Bundesebene sei auch ohne Steuersenkungen eine Haushaltslücke von insgesamt rund 130 Milliarden Euro in den Jahren 2027 bis 2029 absehbar. Hier räche sich, dass „Haushaltsspielräume für nebensächliche Maßnahmen wie eine Umsatzsteuersenkung auf Speisen in der Gastronomie, die Ausweitung der Mütterrente, die Ausweitung der Entfernungspauschale und die Senkung der Körperschaftsteuer geopfert wurden“, kritisieren die Forschenden.

Die Haushaltslöcher gefährdeten die Wirksamkeit des Sondervermögens. Schon jetzt zeichne sich ab, dass bisher nur ein Teil der Mittel tatsächlich in zusätzliche Investitionen fließe. Eine Einkommenssteuersenkung würde den finanziellen Druck erhöhen und diese Tendenz verstärken. Schließlich dürfte eine Entlastung von 95 Prozent aller Steuerzahlenden um mehrere hundert Euro jährlich, wie sie Finanzminister Lars Klingbeil vorgeschlagen hat, jedes Jahr Milliarden Euro an Mindereinnahmen verursachen. Diese ließen sich durch Steuererhöhungen am oberen Ende der Einkommensverteilung nur zu einem kleinen Teil wieder hereinholen – erst recht, weil die Union solchen Plänen skeptisch gegenübersteht und die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz anheben möchte.

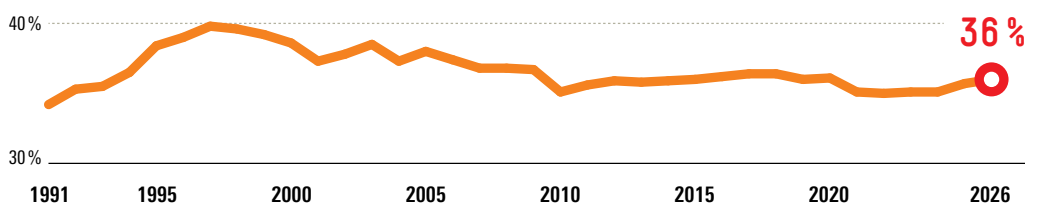
Zudem haben Rietzler und Dullien starke Zweifel, dass eine Einkommenssteuersenkung derzeit wirklich notwendig ist und dem Ziel dienlich wäre, „kleine und mittlere Einkommen“ zu entlasten. Denn viele Haushalte mit geringen Einkünften zahlen kaum oder gar keine Einkommenssteuer. Und für die anderen sei es in den vergangenen Jahren zu einer Entlastung und zum Ausgleich der sogenannten kalten

Progression gekommen. Im Trend habe die finanzielle Belastung durch Steuern und Abgaben abgenommen. Sie sei zurzeit auch für mittlere Einkommen nicht höher als in den 2010er-Jahren und spürbar niedriger als zwischen Mitte der 1990er-Jahre und 2010.

Zum Wirtschaftswachstum würde eine Senkung der Einkommenssteuer laut der Analyse wenig beitragen. Zwar könne sie für sich genommen den Privatkonsum stützen, die gesamtwirtschaftlichen Effekte dürften aber gering sein. Das liege daran, dass insbesondere Haushalte mit höheren Einkommen einen erheblichen Teil der Entlastung nicht für Konsum ausgeben, sondern sparen. Die Wirkung könne verpuffen, wenn im Gegenzug andere Steuern, beispielsweise die Mehrwertsteuer, erhöht werden. Sie verkehre sich vollends ins Negative, wenn stattdessen Ausgaben gekürzt werden – vor allem, wenn es um öffentliche Investitionen geht.

Kein Grund für Steuersenkungen

So hat sich die Belastung durch Einkommenssteuer und Sozialbeiträge entwickelt ...



Quelle: Dullien, Rietzler 2026

Hans Böckler
Stiftung

„Die deutsche Wirtschaft hat derzeit vor allem das Problem, dass aufgrund massiver geopolitischer Verschiebungen, einer protektionistischen Handelspolitik der USA und aggressiver Industriepolitik aus China der Export lahm und zugleich die energieintensive Industrie unter gestiegenen Rohöl- und Erdgaspreisen leidet“, so die Forschenden. Senkungen der Einkommenssteuer seien hier wenig hilfreich, Investitionen in Infrastruktur und Innovationen eindeutig die wirkungsvolleren Instrumente. „Das bedeutet, dass die Regierung beim Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität nachschärfen sollte, sodass sich tatsächlich ein möglichst großer Teil der Mittel auch in zusätzlichen öffentlichen Investitionen niederschlägt.“

Mittelfristig führe bei realistischer Analyse kein Weg an Steuererhöhungen vorbei – vor allem zur Finanzierung der stark erhöhten Verteidigungsausgaben. „Diese sollten von allen Mitgliedern der Gesellschaft gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit getragen werden“, resümieren Rietzler und Dullien. <

Quelle: Sebastian Dullien, Katja Rietzler: Einkommensteuersenkungen: Teuer, mit fraglicher Wirkung und am Problem vorbei, IMK-Kommentar Nr. 20, April 2026 [Link zur Studie](#)